

Beschluss der Kreismitgliederversammlung am 29. April 2019

Investitionen in erneuerbare Energien statt LNG

Die German LNG plant ein LNG-Terminal (Liquefied Natural Gas, Flüssigerdgas) in Brunsbüttel mit einer Kapazität von ca. 480.000 cbm.

Zwar spielt gefracktes LNG-Gas aus den USA bisher auf dem Weltmarkt noch keine Rolle, doch das kann sich relativ schnell ändern. Diese Art der Förderung ist in Deutschland verboten. Umweltschäden und gesundheitliche Beeinträchtigungen sind eine Folge dieser Art der Förderung.

Erdgas wird als Brückentechnologie für die nächsten Jahrzehnte diskutiert, ist aber in seiner klimafreundlichen Wirkung umstritten. LNG soll zur Diversifizierung der Märkte über LNG-Terminals auch in Deutschland importiert werden, um so die Abhängigkeit von russischen Importen zu verringern. Regasifiziertes Erdgas aus LNG erzeugt bei der Verbrennung zwar weniger CO₂ als Kohle oder Öl, für die Kühlung und Verflüssigung wird aber zusätzliche Energie benötigt. Damit entfällt der scheinbare CO₂-Vorteil sehr schnell wieder oder verkehrt sich ins Gegenteil. Schiffsantriebe mit LNG haben zwangsweise einen Methanschlupf, d.h. Methan wird ständig über den Schornstein in die Luft abgegeben. Abgesehen davon brauchen LNG-betriebene Motore immer noch eine Dieseleinspritzung, um das zündunwillige Methan überhaupt zu verbrennen.

LNG besteht zu fast 100% aus Methan und ist damit, wenn es in die Atmosphäre gelangt, erheblich klimaschädlicher als CO₂ (ca. 90-fach in 20 Jahren). Der Weg des LNG, von der Förderung bis zur Verbrennung, ist gekennzeichnet von Verlusten bei der Förderung, Transport in Pipelines, Anschlussstellen, Verflüssigung, Regasifizierung – überall gibt es Verluste. Das lässt den Schluss zu: LNG ist nicht klimafreundlich und hilft nicht bei der Erreichung der Klimaschutzziele.

Der Bund und das Land S-H wollen dieses Unternehmen mit öffentlichen Geldern subventionieren. Dadurch steht der Entwicklung von wirklichen Alternativen im Energiesektor weniger Geld für Forschung und Entwicklung zur Verfügung. Die Verbraucher*innen sollen dann auch noch über die voraussichtlich steigenden Gaspreise die Netzanbindung bezahlen.

Wir müssen in erneuerbare Energien investieren und brauchen keine Investitionen in weitere fossile Energieträger. Wir haben keine Zeit, wir brauchen den Ausstieg aus der fossilen Energie jetzt.

Nachdem die Ratsversammlung in Brunsbüttel und der Hauptausschuss des Kreises Dithmarschen bereits Planunterlagen und Ausgleichsflächen an die German LNG verkauft hat, haben sie ein Einverständnis mit dem Bau des Terminals in Brunsbüttel signalisiert. Politik muss Farbe bekennen und sich eindeutig und zweifelsfrei für den Klimaschutz einsetzen. LNG ist der falsche Weg.

Beschluss:

Bündnis 90/ Die Grünen Kreisverband Dithmarschen lehnen den Bau eines LNG-Terminals auch in Brunsbüttel inkl. der geplanten Netzanbindung an das Versorgungsnetz ab. Wir fordern die Grünen im Bundesrat auf, die aktuelle Initiative der Bundesregierung hierzu abzulehnen. Nach den neuesten Erkenntnissen fordern wir unsere Grünen Landtagsabgeordneten auf, mit ihren Koalitionspartner*innen noch einmal das Gespräch zum Thema LNG zu führen und sich im Sinne unseres Antrages zu positionieren.